

«So wie der Gesetzesentwurf jetzt vorliegt, ist er für uns nicht zustimmungsfähig», sagt der Rentenpolitiker Pascal Reddig

Der Chef der Jungen Gruppe in der Unionsfraktion stellt sich gegen das geplante Rentengesetz – und könnte damit die Koalition ins Wanken bringen. Im Interview erklärt er, warum er 120 Milliarden Euro für unverantwortlich hält.

Beatrice Achterberg

21.11.2025, 05.30 Uhr ⌚ 4 min

Hören



Pascal Reddig, Vorsitzender der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, beim Deutschlandtag der Jungen Union im Europapark Rust.

Chris Emil Janssen / Imago

Das Gespräch zwischen dem CDU-Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden der Jungen Gruppe, Pascal Reddig, und Beatrice Achterberg, Redaktorin der NZZ in Berlin, ist ein Auszug aus dem Deutschland-Podcast «Machtspiel» von der NZZ und der Brost-Stiftung. Das vollständige Interview finden Sie hier.

Herr Reddig, warum machen Sie Friedrich Merz das Leben gerade so schwer?

Wir machen nicht Friedrich Merz das Leben schwer, sondern sehen uns als Hüter des Koalitionsvertrags. Wir haben klar gesagt, dass wir die vereinbarten Rentenmassnahmen umsetzen wollen. Der aktuelle Gesetzesentwurf, den die SPD-Arbeitsministerin Bärbel Bas vorgelegt hat, geht aber deutlich über den Koalitionsvertrag hinaus. Wir wollen keine Vorfestlegung für die 2030er Jahre, sondern eine freie Rentenkommission, die über die Altersversorgung ab 2031 entscheidet.

Merz hat beim Deutschlandtag gesagt, die Junge Union solle «konstruktiv» mitarbeiten. Im Saal war danach absolute Stille. Was haben Sie in dem Moment gedacht?

Wir sind sehr konstruktiv. Wir haben am Deutschlandtag einen neunseitigen Leitantrag beschlossen, der sich ausschliesslich mit der Zukunft der sozialen Sicherungssysteme befasst. Jahrzehntlang wurde rentenpolitisch in Legislaturperioden gedacht, wir wollen das ändern. Wir sagen nicht pauschal, dass wir das Rentenpaket ablehnen. Auch wenn ich es schmerzhaft finde, ohne eine einzige vorherige Reform die Haltelinie bis 2031 festzuschreiben oder die Mütterrente einzuführen. Aber das steht so im Koalitionsvertrag, daran halten wir uns. Nur der Teil, der darüber hinausgeht, ist für uns nicht akzeptabel. Das ist aus meiner Sicht extrem konstruktiv.

Warum geht das Rentengesetz für Sie nicht?

Im Koalitionsvertrag steht klar, was wir machen wollen: Rentenniveau von 48 Prozent bis 2031 sichern, Mütterrente, Aktivrente, Frühstartrente, Veränderung bei den Betriebsrenten und danach eine Rentenkommission, die das System für die Zeit nach 2031 bewertet. Der Entwurf von Frau Bas sieht aber für 2032 bis 2040 Kosten von rund 120 Milliarden Euro vor.





Bringen die Jungen das Rentenpaket zu Fall, Pascal Reddig?

Autor
Beatrice Achterberg

Hören 28:24

Wie kommen Sie auf die 120 Milliarden?

In jedem Jahr entstehen 10 bis 15 Milliarden Euro Kosten. 2032 und 2033 etwa 11 Milliarden, bis 2040 mehr als 15 Milliarden. Wir haben das bis 2040 berechnet, der Mechanismus würde aber auch danach weiter steigende Kosten erzeugen, gerade wegen der Babyboomer-Jahrgänge, die bald in Rente gehen werden. Das ist keine politische, sondern eine mathematische Frage: Können wir uns das leisten? Mir erschliesst sich nicht, warum wir uns im Koalitionsvertrag bis 2031 beschränken wollten, aber jetzt 120 Milliarden für die Jahre danach festschreiben sollen.

Was bedeutet das für junge Menschen?

Deutschland hat im OECD-Vergleich die zweithöchsten Steuern und Abgaben, gleichzeitig sind die Renten nicht besonders hoch. Das liegt daran, dass wir das System kaum reformiert und den demografischen Wandel ignoriert haben. Ohne Reformen steigen Beitrags- und Steuerlast massiv. Der Rentenversicherungsbeitrag wird voraussichtlich noch in dieser Legislaturperiode über 20 Prozent steigen. Am Ende stellt sich die Frage: Belastet man die junge Generation immer weiter, obwohl sie später vielleicht keine stabile Rente bekommt? Das betrifft nicht nur Junge, sondern auch die Mitte der Gesellschaft, die heute schon das Gefühl hat, dass netto immer weniger bleibt.

Eine mögliche Lösung könnte eine sogenannte Protokollerklärung, eine schriftliche Einordnung des Bundestags, sein. Würde Ihnen das reichen?

Nein, das würde uns nicht reichen. Eine Protokollerklärung wäre unverbindlich. Wir wollen substanzielle und verbindliche Änderungen am Gesetz. Es gibt viele gute Kompromissvorschläge, aber sie müssen mit der SPD vertraulich besprochen werden.

Der Kanzler warnt davor, ein zu niedriges Rentenniveau anzubieten, damit gewinne man keine Wahl. Verprellen Sie nicht die älteren Wähler?

Nein. Viele Menschen wünschen sich Reformen – junge wie alte. Uns schreiben vielfach ältere Menschen, dass sie wollten, dass das System für ihre Kinder und Enkel stabil bleibe. Das ist kein Generationenkonflikt, sondern eine generelle Frage: Ist das Land reformfähig?

Würden Sie riskieren, dass die Koalition daran scheitert?

Ich halte die Debatte darüber, ob die Koalition platzen könnte, für unangemessen. Wir sind erst am Anfang des parlamentarischen Verfahrens. Es ist völlig normal, dass Abgeordnete Änderungsbedarf anmelden. Die SPD wird die Koalition nicht an einer Frage platzen lassen, die über den Koalitionsvertrag hinausgeht.

Der Ball liegt also bei der SPD?

Wir sagen klar: Wir können die Haltelinie bis 2031, die Mütterrente und alle vereinbarten Punkte sofort beschliessen. Es geht nur um die Kosten nach 2031. Darüber die Koalition zu gefährden, wäre Wahnsinn, gerade angesichts der gegenwärtigen politischen Lage.

Sie haben als junger Abgeordneter gerade viel Macht. Wie fühlt sich das an?

Uns geht es nicht um einen PR-Coup oder Aufmerksamkeit. Wir haben das Thema monatelang intern angesprochen. Es geht nicht um Konflikte, sondern um eine Sachfrage und darum, der Rentenkommission echte Reformmöglichkeiten zu lassen.

Für viele Medien sind Sie nun der «Renten-Rebell».

Mit dem Thema Rente in Verbindung gebracht zu werden, passt mir schon, weil ich mich um das Thema seit vielen Jahren kümmere. Es ist eines meiner Herzensthemen. Den «Rebellen» hätte es aber nicht gebraucht, ich sehe mich als jemanden, der darauf achtet, was im Koalitionsvertrag vereinbart worden ist. Ich würde sagen, ich bin «Rentenfachpolitiker».

Hat Friedrich Merz seit dem Wochenende mit Ihnen gesprochen?

Bisher nicht, aber es wird sicher noch Gespräche geben. Mit der Fraktionsführung stehen wir regelmässig in Kontakt.

Wie sicher ist es, dass Sie dem Gesetzentwurf in der aktuellen Form nicht zustimmen?

Es ist sicher. So wie der Gesetzesentwurf jetzt vorliegt, ist er für uns nicht zustimmungsfähig. Wir brauchen substanzielle, verbindliche Änderungen. Wenn diese kommen, stimmen wir gerne zu – bis dahin nicht.



Passend zum Artikel



PODCAST «NZZ MACHTSPIEL»

Bringen die Jungen das Rentenpaket zu Fall, Pascal Reddig?

Patricia Corniciuc · Gestern · 28 min



KOMMENTAR

von Beatrice Achterberg

Wenn Friedrich Merz den Streit über das Rentenpaket nicht beilegen kann, hängt seine Koalition am seidenen Faden

16.11.2025 · 3 min



Showdown für den Kanzler: «Das kann doch wohl nicht euer Ernst sein», schmettert Friedrich Merz der Jungen Union entgegen

Beatrice Achterberg, Rust · 15.11.2025 · 4 min



Kostenlose Onlinespiele →



Adventskalender



Solitär



Kreuzworträtsel



Sudoku



Mahj